



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/202

31. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Englands und Skandinaviens Bedeutung für Europa	S.1
Der eigenmächtige MacArthur	S.3
F D J * A u f m a r s c h p l a n f ü r D o r t m u n d	4
40 Versehrte und 18 alte Maschinen	S.6
PV- und PA-Tagung in Stuttgart	S.7

G a n z E u r o p a s o l l e s s e i n

P.R. Ein Blick auf die Karte und in die Geschichte sollte genügen zu erkennen, dass England trotz seinem geographischen und geistigen Inselcharakter und seinen Empire-Bindungen ebenso wie Skandinavien, das als Halbinsel sozusagen über Europa hängt, zu unserem Kontinent gehört. In letzter Zeit sind freilich Stimmen laut geworden, die glauben machen wollten, eine Zusammenfassung Europas zu grösserer Geschlossenheit werde, zumindest zunächst, auch ohne diese Bestandteile möglich sein.

Das Thema ist in Strassburg aktuell geworden. Britische und skandinavische Delegierte legten eine geringere Bereitschaft zu einer europäischen Vereinigung an den Tag als ihre Kollegen aus den eigentlich kontinentalen Staaten. Es ist aus diesem Anlass manch bitteres Wort gefallen, bis zu dem Vorwurf, von jener Seite werde die wichtigste Aufgabe unserer Zeit verkannt, ja sabotiert. Einwände gegen gewisse einschränkende britische und skandinavische Vorbehalte sind auch von manchen politischen Freunden dieser Staaten erhoben worden. Aber, da die Vorbehalte ihr Gewicht hatten, mussten sie beachtet werden, nicht nur aus formalen, sondern auch aus sehr gewichtigen sachlichen Gründen.

England und Skandinavien repräsentieren heute unbestritten den fortschrittlichsten Teil unseres Kontinents, sie sind gerade in dieser Eigenschaft für ein modernes und neu zusammengefügtes Europa unerlässliche Bestandteile. Man kann verstehen, dass für diese Notwendigkeit

dort nur geringes Verständnis besteht, wo man viel lieber ein Europa mit eindeutig konservativ-klorikalem, sagen wir offen: rückschrittlichem Vorzeichen sieht. Aber wenn schon durch die Gewalt der Umstände in der provisorischen Gestalt eines neu geeinten Europas einstweilen die Völker fehlen, die heute noch im westlichen Vorfeld der sowjetischen Machtsphäre liegen, dann wäre ein Europa, das auch noch auf das britische und das skandinavische Element verzichten müsste, vollends ein Torso, ein Gebilde von völliger Einseitigkeit, mit einem bis zur Unkenntlichkeit entstellten Gesicht.

Henri Spaak, der Vorsitzende der Beratenden Versammlung, hat sich anlässlich der Beendigung der Strassburger Tagung vor Pressevertretern besonders entschieden gegen diese Möglichkeit gewandt: "Europa lehnt es ab, verstümmelt zu werden und ein vereintes Europa ohne Grossbritannien ist ebenso undenkbar wie ~~etwa eine kontinentale Föderation ohne Frankreich~~". Und er fügte hinzu: "Europa zu bauen, wird ein langer und schwieriger Prozess sein. Manche sagen, man müsse eilen, weil in acht oder zehn Monaten Europa von Sowjetpanzern überschwemmt sein könnte. Erstens glaube ich das nicht, und zweitens: Meinen Sie, dass es die Sowjetpanzer aufhalten würde, wenn wir sofort eine europäische Föderation auf die Beine stellen?"

Das vordringliche Interesse liegt in Wirklichkeit bei der schnellen Schaffung guter Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verteidigung Westeuropas - selbstverständlich also auch Grossbritanniens und Skandinaviens. Dazu sind Truppen und Waffen und deren Koordinierung sowie engste wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig, alles unter weitestgehender Hilfe und Einflussnahme der USA. Der Wille dazu ist vorhanden, auch die Mittel wird man über Atlantikpakt, Westunion und OEEC schaffen können, wenn man wirklich will. In diesem Zusammenhang ist die Frage des staatsrechtlichen Aufbaus eines neuen Europas, wenn sie im Eilzugtempo vollzogen werden soll, sekundär. Ein überhastetes Zusammenflicken auf die Gefahr hin, dass von vornherein nur eine brüchige Konstruktion zustande kommt, wäre absolut falsch und würde der Sache, um die es geht, nur schaden.

- - - -

Der eigenmächtige McArthur

f. Scharfzüngige Kritiker McArthurs sind nicht müde geworden, ihn als einen Operettenhelden zu bezeichnen. Seine rückhaltlosen Bewunderer halten ihn für den grössten Amerikaner unserer Tage. Wir möchten annehmen, dass das Urteil der Geschichte der zweiten Auffassung näher kommen wird als der ersten. Heute dürfte schon feststehen, dass keiner der amerikanischen Staatsmänner, mit der einen Ausnahme Roosevelt, so schwer zu beurteilen ist wie McArthur. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Beziehungen des Generals zu seiner Regierung oft unerträglich gespannt sind. Das liegt nicht nur an der selbtherrlichen, starrsinnigen Art McArthurs, der der festen Überzeugung ist, dass Washington von Asien so gut wie nichts versteht. Der Zickzack-Kurs der amerikanischen Asienpolitik war nicht dazu angetan, den General zu bewegen, seine Auffassung zu korrigieren. Wenn er von Truman in seine Schranken verwiesen und gezwungen worden ist, seine Botschaft über Formosa an den amerikanischen Frontkämpferbund zurückzuziehen, so deshalb, weil diese Botschaft Washington auf einen Kurs festlegen wollte, der in Washington, nicht in Tokio bestimmt werden muss.

Auf der Pressekonferenz, wo dieser Zwischenfall zur Sprache kam, ist die Frage gestellt worden, ob McArthur von seinem Posten abberufen werde. Das ist einigermaßen naiv, zeigt aber dennoch, wenn auch überspitzt, für wie ernst das eigenmächtige Vorgehen des Generals angesehen werden muss. McArthur hat im Grunde nicht mehr in seiner Botschaft gesagt, als dass Formosa wegen seiner unbestreitbar grossen strategischen Bedeutung auf alle Fälle Teilstück der amerikanischen Verteidigungslinie im westlichen Pazifik bleiben muss. Das ist eine für einen Oberkommandierenden an der ostasiatischen Front des nicht mehr kalten Krieges durchaus begriffliche Beurteilung der militärischen Lage. Aber es ist klar, dass McArthur, der nicht nur General ist, sondern als der wirkliche Herr Japans auch eine eminent politische Rolle zu erfüllen hat, Washingtons etwas ins Schwanken geratene Stellung zu dem dornigen Formosaproblem in einer Richtung festlegen wollte, die allein von den militärischen Notwendigkeiten bestimmt ist. Die Entscheidung in dieser schwierigsten aller ohnehin schwierigen asiatischen Fragen kann jedoch unmöglich von einem General, auch wenn er McArthur heisst, vorweggenommen werden. Seine Botschaft widersprach fast unverhüllt dem Befehl Trumans über die Befristung des amerikanischen Schutzes für Formosa auf die Dauer des koreanischen Krieges.

McArthurs Botschaft hat seinen Gegnern, vor allem in England und

den Commonwealth, zweifellos starken Auftrieb gegeben. Es ist immerhin soweit gekommen, dass er in kaum verschleierter Sprache von britischer Seite als eine Gefahr bezeichnet wird. Es ist kaum zweifelhaft, dass Truman, als er McArthur zwang, seine Botschaft zurückzuziehen, auch mitbestimmt worden ist von den nachdrücklichen britischen Vorstellungen in Washington wegen der Politik McArthurs.

All dies ist nicht nur deswegen höchst unerfreulich, weil es zeigt, wie wenig der Westen über eine einheitliche Auffassung über den Ehrer in Asien verfügt, sondern weit mehr noch deswegen, weil der Kreml für seine beunruhigend wirkungsvolle Asienpropaganda durch solche Zwischenfälle, von denen die Botschaft McArthurs nur einer in einer langen Kette war, immer neue gefährliche Waffen gewinnt.

- - -

Trotz Verbot FDJ-Treffen in Dortmund
Aufmarschplan im Besitz des Ostbüros der SPD

sp. Das von der FDJ für Ende September in Dortmund geplante "Treffen der hunderttausend Friedenskämpfer" ist bekanntlich vom Oberstadtdirektor von Dortmund wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten worden. Dem Ostbüro beim Parteivorstand der SPD sind nun wichtige Dokumente in die Hände gefallen, aus denen hervorgeht, dass das Treffen trotz Verbot abgehalten werden soll und dass die Vorbereitungen dazu heimlich fortgesetzt werden.

Organisator des Treffens ist Heinz Lippmann, Spitzenfunktionär der ostzonalen FDJ. Als das Verbot ausgesprochen wurde, teilte Lippmann dem Leiter des ostzonalen Informationsamtes, Gerhart Eisler, mit, dass das Treffen auf jeden Fall stattfinden werde. Maßgebend dafür war ein zwischen dem SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und dem Vorsitzenden der OST-FDJ, Honecker, gefasster Beschluss. Tatsächlich wurde in Dortmund festgestellt, dass Quartierbestellungen für das Treffen im Gange sind.

Dem Schreiben Lippmanns zufolge nimmt das Treffen folgenden Verlauf: Am 29. September Eröffnung des "Kongresses junger westdeutscher Friedenskämpfer" in Dortmund. U.a. soll der französische Kommunist Guy de Boisson sprechen. Er bringt einen sogenannten "Friedenspokal des Weltbundes der demokratischen Jugend" mit. Der Kongress tagt bis nach 21.00 Uhr, gleichzeitig werden im Ruhrgebiet an verschiedenen Stellen "Friedens-

feuer" entzündet.

soll

Am Sonnabend, den 30. September, morgens ein Aufmarsch von 90.000 FDJ-Angehörigen in Uniformen mit Fanfaren und Fahnen stattfinden. Boisson, Lippmann und verschiedene Angehörige der "Nationalen Front" in Westdeutschland nehmen den Aufmarsch ab. Guy de Boisson soll zum "aktiven Friedenskampf" aufrufen. Es sollen ferner zwei ehemalige Mitglieder westdeutscher Arbeitsbataillone sprechen und gegen den Eintritt in die Bundespolizei und die Streitkräfte des Westens aufrufen. Im Programm sind weiter vorgesehen: Leichtathletik-Wettkämpfe, Motorrad-Stornfahrt, Staffette Berlin - Dortmund, Pionier-Sportfest mit Massentübungen, Fußballspiel der FDJ-Nationalmannschaft gegen eine westdeutsche Spitzermannschaft, 26 Theater- und Kulturveranstaltungen.

Die Teilnehmer des Treffens sollen bei der Anreise Zivil tragen, um der westdeutschen Polizei und den Angehörigen der westlichen Besatzungsmächte keine Möglichkeit zu geben, einzelne uniformierte Gruppen vorher abzufangen. Zur Deckung der Unkosten für Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer usw. stehen 250.000 DM zur Verfügung.

Reporter des kommunistischen "Berliner Rundfunks" und der DEFA-Wochenschau, ferner Presseberichterstatter werden illegal erscheinen. Eventuelle Unruhen, Zusammenstöße mit der Polizei usw. sollen für Agitationszwecke gefilmt werden. Der "Berliner Rundfunk" soll in einer Direktsendung von den Veranstaltungen berichten. Gleichzeitig werden über den Deutschlandsender und den Sender Leipzig Parolen und Aufrufe an die Jugend Westdeutschlands verbreitet.

Bei diesem Treffen soll, wie es in dem Schreiben heisst, besonders die Reaktion der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet auf das Treffen festgestellt werden. Vor allem soll der Kampfgeist der jungen "Friedenskämpfer" gegen die "Imperialisten" erprobt und die Aktionsfähigkeit der westdeutschen Polizei geprüft werden. Auf kommunistischer Seite hoffte man, dass die Besatzungsbehörden britische Truppen aus dem Lüneburger Kanövergebiet nach Dortmund entsenden werden, was entsprechend ausgeschlachtet werden soll.

- - - -

40 Versehrte und 18 alte Maschinen

sp. Kurz nach Kriegsende schlossen sich in den Krupp-Werken 40 Kriegs- und Arbeitsversehrte zusammen, buddelten aus den Trümmern und verschütteten Hallen des Werkes 18 Maschinen für Holz- und Metallbearbeitung und gründeten die Kruppsche Versehrtenwerkstätte. Vor der Währungsreform wurde auf diesen Maschinen Kinderspielzeug hergestellt, nachher Einzelmöbel und Möbelbeschläge. 40 Familien hatten Brot, 40 Versehrte das unwahrscheinliche Glück einer befriedigenden Arbeit. Eines Tages kam der Gesamt-Demontagebefehl für Krupp. Er umfasste auch die 18 Maschinen, die nicht nur unter den Kriegseinwirkungen gelitten hatten, sondern zumeist veraltete Modelle sind, von denen einige kaum mehr Museumswert haben.

Die Maschinen waren von der Reparationskommission Frankreich zugesprochen worden. Vor einem halben Jahr war ein Demontageaufschub erreicht worden, der nun abgelaufen ist. In der Zwischenzeit war den Franzosen für diese 18 alten Maschinen eine entsprechende Schrottmenge angeboten worden, fassend auf der Erfahrung, dass viele Maschinen von Krupp, davon manche in weitaus besserem Zustand als die Maschinen der Versehrtenwerkstätte, zu Schrott zerschlagen und dann übernommen wurden. Das Angebot wurde abgelehnt, die Maschinen werden jetzt demontiert.

Ein Teil der Versehrten musste bereits entlassen werden, einen Teil beschäftigt die Werkleitung bei der für Versehrte gewiss nicht leichten Schrottverladung und bei der Demontage; alles Arbeiten, die eines nicht mehr allzu fernen Tages beendet sind. Dann stehen die Versehrten, die sich aus eigener Kraft eine Arbeitsstätte geschaffen hatten, vor dem Nichts.

Man fragt verzweifelt nach dem Sinn dieses Geschehens. Zu einem Zeitpunkt, da man Westdeutschland nach Strassburg einlädt, da die Parole von der europäischen Solidarität sich bis zu einer Forderung nach einem deutschen Beitrag für Europas Sicherheit steigert, zu diesem Zeitpunkt klebt man peinlich am Buchstaben eines kaufmännisch und besonders menschlich unverständlichen Demontagebeschlusses. Die Fragwürdigkeit des ganzen Demontageproblems erhält in diesem Fall eine besondere Note, leider keine europäische. Wenn schon nicht die Vernunft, dann könnte man in diesem Falle einmal das Herz sprechen lassen.

Vorstand und Parteiausschuss der SPD in Stuttgart

sp. Am 16. September findet in Stuttgart eine Sitzung des Vorstandes der SPD statt, der sich am 17. September eine gemeinsame Tagung des Vorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten anschliessen wird. Es handelt sich dabei um eine in der letzten Vorstandssitzung anberaumte Tagung der führenden Körperschaften der SPD, wie sie im regelmässigen Abstand von durchschnittlich einem Vierteljahr stattfinden.

Hauptthemen werden die Frage der Remilitarisierung und der Bericht über die Strassburger Tagung des Europarates sein, unter besonderer Berücksichtigung der Stellungnahme der sozialistischen Parteien zu diesem Problem. Der Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, wird das Hauptreferat mit einer Übersicht und Stellungnahme zur politischen Lage halten, über "COMISCO und Europarat" wird Erich Ollenhauer und über die für den Spätherbst vorgesehene Werbeaktion der SPD wird Fritz Heine sprechen.

In der Vorstandssitzung wird man ausserdem u.a. die Ergebnisse der Konferenz in München über das Problem der politischen Flüchtlinge behandeln, bei der auch Vertreter aus Österreich und der Schweiz zugegen waren, sowie die Situation der sudetendeutschen Sozialdemokraten.

Sozialistische Studenten in Mainz

sp. Vom 8. bis 11. September findet in Mainz die diesjährige Jahrestagung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) statt. Es ist die fünfte Delegiertenkonferenz nach der Neugründung 1945. Wie das Vorbereitungskomitee mitteilt, werden Delegierte von 26 deutschen Universitäten, Pädagogischen und Technischen Hochschulen sowie Akademien erwartet, selbstverständlich auch aus Berlin. Einladungen angenommen haben ferner Vertreter des Verbandes Deutscher Studentenschaften, der "Falken", der Jungsozialisten, der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Juristen, Ärzte und Lehrer und des Parteivorstandes der SPD. Ferner werden Vertreter des kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages und der Stadt- und Universitätsbehörden von Mainz erwartet. Auch Repräsentanten ausländischer Jugendorganisationen und der Internationalen Union Sozialistischer Jugend haben ihr Erscheinen zugesagt.

Im Rahmen des Kongresses wird am 9. September der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, in einer öffentlichen Veranstaltung sprechen. Von besonderem Interesse wird ferner ein Referat von Rudolf Pechel sein, der über das Thema "Widerstandspflicht oder Landesverrat" spricht. Die Arbeitstagen werden zu allen aktuellen studentischen Problemen u.a. den Korporationen, der Hochschulpolitik und dem Europa- problem Stellung nehmen.